



KOMMENTAR

Alles nur Schnittchentermine?

Die CSU hat Anfang dieses Jahres nicht nur beschlossen, sich für neue Stellenzulagen für Bundespolizistinnen und -polizisten in besonders herausfordernden Einsatzbereichen einzusetzen, sondern darüber hinaus die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu unterstützen. Eine Meldung, die man im Alltag vielleicht als kurze positive Info wahrnimmt, aber sicher meist nicht weiter darüber nachdenkt, wie es dazu überhaupt gekommen ist ...

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Fakt ist: Diesem Entschluss der CSU sind unzählige politische Gespräche unsererseits vorausgegangen. Wir haben Euch auf den folgenden Seiten einmal eine Chronologie unserer Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zusammengestellt. Denn dies ist ein Musterbeispiel dafür, wie wichtig unsere politische Arbeit ist und welche Bedeutung eine Gewerkschaft auch in der

heutigen Zeit nach wie vor hat. Wir sind nicht nur da, um Werbegeschenke zu verteilen, wie manche vielleicht glauben. Und unsere politischen Termine sind wahrlich keine „Schnittchentermine“, wie einige vielleicht denken. Vielmehr handelt es sich bei solchen Gesprächen um ganz konkrete Sach- und Facharbeit. Das Bohren dicker Bretter gehört dabei für GdP-Funktionäre zum Alltag.

Entscheidungsträger für die Bundespolizei sitzen oftmals auch in der Politik

Denn was man sich immer wieder vor Augen halten muss: Die Entscheidungsträger für die Bundespolizei sitzen nicht nur in der Behörde, sondern oftmals auch in der Politik. Politik entscheidet darüber, ob Verbesserungen für Euch und Euren Arbeitsalltag durchgeführt werden, allen voran Innen- und Finanzpolitik. Nur wenn die Politiker den Bedarf erkennen und dann in ihren Haushaltsverhandlungen das Geld für die Maßnahmen freigeben, können Verbesserungen überhaupt auf den Weg ge-

bracht werden. Denn, wie wir alle wissen: ohne Moos nix los.

Wer soll und kann bei der Politik Forderungen stellen?

Doch wer soll und wer kann bei der Politik Forderungen für das Vorankommen der Bundespolizei stellen? Dienstvorgesetzte und Entscheidungsträger auf Behördenseite sind immer auch durch ihre Loyalität gebunden. Sie unterliegen einem Über- und/oder Unterstellungsverhältnis und können daher nicht so frei und offen Forderungen stellen. Oder unsere Personalvertretungen. Sie leisten Großes. Doch sie sind ans BPersVG gebunden. Und so enden ihre Möglichkeiten in diesem Bereich durch gesetzliche Rahmenbedingungen.

Gewerkschaft ist für alle da

Da kommen wir als Gewerkschaft ins Spiel. Nicht ohne Grund betonen wir immer wieder, wie wichtig die Verzahnung zwischen Personalrat und Gewerkschaft ist. Wir unterliegen keinen Verpflichtungen oder gesetzlichen Beschränkungen und können dadurch freier und offener sprechen. Dabei gilt es regelmäßig, den Spagat zwischen allen Beteiligten hinzubekommen. Und dabei zeigt sich wieder mal: Gewerkschaft ist für alle da – vom Anwärter bis zum Behördenleiter, für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte. Zusammen mit uns, als Teil einer starken Gemeinschaft, hat jede und jeder von Euch die Möglichkeit, die Behörde weiter voranzubringen. ■

JETZT ZÄHLT'S: #ruhegehaltsfähigkeitderpolizeizulage

Wir fordern: Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einführen!

Das heißt: Im Ruhestand bis zu 136 Euro mehr im Monat für Polizistinnen und Polizisten!

Das wäre: Wertschätzung für ein ganzes (Berufs-)Leben im Dienst der Gemeinschaft!

Jetzt auch CSU an unserer Seite!

Gewerkschaft der Polizei Bundespolizei



10. Januar 2019

Der Minister zeigte sich im Gespräch mit dem damaligen Bezirksvorsitzenden Jörg Radek sehr offen für dessen Argumente.



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

11. Juli 2019

Im Hauptpersonalrat sagte der Minister den GdP-Spitzen um den Hauptpersonalratsvorsitzenden Sven Hüber seine Unterstützung zu.



CHRONOLOGIE ERFOLGREICHER GEWERKSCHAFTSARBEIT

Wir fordern: Polizeizulage muss wieder ruhegehaltstfähig werden

Der Polizeiberuf mit seinen alltäglichen Belastungen kann auch über die Ruhestandsgrenze hinaus tiefe Spuren hinterlassen. Da ist es aus unserer Sicht nur gerecht und folgerichtig, dass sich die Polizeizulage auf die Höhe der Pensionszahlung auswirkt.

GdP-Bezirk Bundespolizei

Die Aufgabenfülle der Bundespolizei ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen und zugleich haben Bundespolizistinnen und Bundespolizisten – wie auch Zollbeamten und Zollbeamte – mehr zum Sparkurs der Bundesregierung beigetragen als jede andere Berufsgruppe: Ihre Wochenarbeitszeit wurde ohne Ausgleich erhöht, ihre Lebensarbeitszeit wurde ohne einen Ausgleich für besondere Belastungen aufgestockt, sie müssen Abzüge durch die Bildung ihrer Versorgungsrücklage hinnehmen und obendrein wurde ihnen durch das Dienstrechtsreformgesetz des Bundes die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizei-

zulage gestrichen. Letzteres war im Jahr 1998. Auswirkungen hatte der Beschluss dann ab den Ruheständen 2010. Für uns stand sofort fest: Als Anerkennung der Arbeitsleistung einer besonderen Berufsgruppe, deren Alltag erwiesenermaßen durch Gewalttaten und Respektlosigkeit geprägt ist, ist es unerlässlich, dies rückgängig und die Polizeizulage wieder ruhegehaltstfähig zu machen.

GdP-Sozialpaket für die Bundespolizei

Diese Forderung des GdP-Bezirks Bundespolizei besteht bereits seit dem Beschluss zur Abschaffung. Im Rahmen unseres 6. Ordentlichen Delegiertentags vom 24. bis 26. April 2018 in Berlin haben wir uns die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage dann erneut mit Nachdruck auf die Fahnen geschrieben. Im Leitantrag 2018 hieß es: „Die Abschaffung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage war ein einseitiger Sparbeitrag, der nur die Polizeibeamten betraf und der als Sonderopfer besonders hart deren Versorgungssituation verschlechterte.“ Es folgten persönliche Schreiben des damaligen Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek, zunächst an Innenminister Horst Seehofer und später auch an die Bundestagsabgeordneten, in denen er das GdP-Sozialpaket für die Bundespolizei vorstellte. Punkt 4 dieses Pakets ist die

Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage: „Es gibt keinen sachlichen Grund, warum Bundespolizistinnen und -polizisten schlechter behandelt werden sollten als Polizeibeamte in Bayern“ heißt es darin.

„Bayern-Lösung“ für die Bundespolizei gewünscht

Denn: In Bayern wurde die Abschaffung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage ab 2010, wie sie 1998 durch den Bund eingeführt wurde, nicht vollzogen. Der entscheidende Schritt, den der bayerische Gesetzgeber gemacht hat, ist die Umwandlung der Polizeizulage von einer früheren bloßen Stellenzulage in eine „entsprechende Amtszulage (Zulage für besondere Berufsgruppen)“. Amtszulagen sind auch beim Bund weiterhin ruhegehaltstfähig (§ 42 Absatz 2 BBesG), nur Stellenzulagen für Polizei- und Zollbeamte nicht (mehr). Inzwischen haben neben Bayern übrigens auch Sachsen und NRW die Ruhegehaltstfähigkeit wieder eingeführt.

Auftrag für den GdP-Bundesvorstand

Im November 2018 wurde der GdP-Bundesvorstand im Rahmen des 26. GdP-Bundeskongresses in Berlin beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die typischen Belastungen des Polizeidienstes durch bundesweit einheitliche Standards besser, belastungsadäquater und sozial ausgewogener abgegolten werden. Als erste Forderung zum Erreichen dieses Ziels wird „die Ausgestaltung der Polizeizulage zu einer dynamisierten und ruhegehaltstfähigen Amtszulage“ genannt.

Mit der „Bayern-Lösung“ hatte der damalige bayerische Ministerpräsident und heutige Bundesinnenminister Horst Seehofer der Polizei eine besondere Wertschätzung entgegengebracht. Und so zeigte er sich am 10. Januar 2019 im Gespräch mit dem damaligen Bezirksvorsitzenden Jörg Radek auch sehr offen für dessen Argumente, dass die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage ein klares Zeichen der Wertschätzung für die Arbeitsleistung der Kolleginnen und Kollegen sei.





Foto: Torsten Hansen



26. Januar 2021

Beim „Antrittsbesuch“ von Andreas Roßkopf im BMI gab es in vielen Bereichen einen breiten Konsens – auch bei der Ruhegehaltsfähigkeit.



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

Breit angelegte GdP-Fotoaktion

Und er ließ Taten folgen: Im Sommer 2019 sagte Minister Seehofer den GdP-Spitzen im Hauptpersonalrat zu, dass er die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage noch in den Entwurf für das Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz (BesStMG) aufnehmen wolle – zusätzlich zur geplanten 40-prozentigen Erhöhung der Zulage. Allerdings machte er deutlich, dass er dabei auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen sei. Die Gewerkschaft der Polizei warb daraufhin mit Nachdruck im politischen Raum um Unterstützung für dieses längst überfällige Vorhaben, unter anderem mit einer breit angelegten Fotoaktion (einige wenige Impressionen der Aktion unten). Viele politische Vertreter konnten von GdP-Funktionären damals bereits davon überzeugt werden, den Vorstoß zu



Fotos: GdP/Roland Voss (3), GdP/Michael Koch-Erlenwein (2)

unterstützen. Doch leider nutzten die Abgeordneten der Regierungskoalition im Gesetzgebungsverfahren nicht die Chance, dem politischen Willen des Bundesinnenministers entgegenzukommen. Stattdessen haben sie sich offensichtlich von falschen Berechnungen des Ministeriums zu den Haushaltskosten leiten lassen.

Die GdP bleibt dran – immer!

Für uns natürlich kein Grund, von den Forderungen abzurücken. Schließlich wissen wir, dass unsere Arbeit Durchhaltevermögen, Hartnäckigkeit und Ausdauer verlangt – manchmal auch über Jahre. Und so warben die GdP-Funktionäre in der Folge in unzähligen politischen Gesprächen weiterhin für die Wiedereinführung – zuletzt sprach Jörg Radek das Thema in einem erneuten Vier-Augen-Gespräch mit Minister Seehofer am 12. Oktober 2020 wieder an. Der Minister – ohnehin von Anfang an auf unserer Seite – sagte wiederholt seine Unterstützung zu. Und erneut ließ er seinen Worten Taten folgen: Im Rahmen der traditionellen CSU-Winterklausur haben die Bundestagsabgeordneten nicht nur beschlossen, neue Stellenzulagen für Bundespolizistinnen und -polizisten in besonders herausfordernden Einsatzbereichen zu fordern, sondern darüber hinaus unsere Forderung nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu unterstützen, um damit der hohen Belastung der Beamtinnen und Beamten im Einsatz Rechnung zu tragen.

Für uns bedeutet das einen echten Durchbruch. Das wurde auch noch einmal beim Gespräch am 26. Januar 2021 zwischen unserem Bezirksvorsitzenden Andreas Roßkopf, Innenminister Horst Seehofer und Dagmar Busch, Abteilungsleiterin Bundespolizei im BMI, deutlich. Dabei gab es in vielen Bereichen einen breiten Konsens zwischen den Gesprächspartnern – auch beim Thema Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Wir sind uns sicher: Wir sind unserem Ziel, für euch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einzuführen, einen weiteren wichtigen Schritt näher. Wir bleiben für euch dran – immer. ■

KOLUMNE „KLAMOTTEN & GERÜMPEL“ Ausstattung für LebEL

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei

Wir haben bereits im Oktober 2016 über den Bezirkspersonalrat beim Bundespolizeipräsidium einen Initiativantrag zur Verbesserung der Ausstattung gerade im Hinblick auf lebensbedrohliche Einsatzlagen (LebEL) initiiert. Dieser wurde zwar abgelehnt, aber die einzelnen Punkte wirken noch immer nach. Gefordert haben wir damals:

1. Beschaffung einer geeigneten persönlichen Schutzausstattung (u. a. Schutzhelm, Schutzweste und Schild)
2. Beschaffung einer neuen Bewaffnung (Mitteldistanzwaffe)
3. Beschaffung von sondergeschützten Fahrzeugen
4. Zurverfügungstellung geeigneter Trainingssysteme, Trainingsumgebungen, Raumprogramme und Ausstattungsnachweisungen zum Training

Die ballistischen Helme wurden mittlerweile großflächig verteilt, wir fordern allerdings noch immer, sie als persönlichen Ausrüstungsgegenstand zu deklarieren. Eine Poolbildung sehen wir aus hygienischen Gründen als ungeeignet an. Dass wir hier für euch kämpfen, könnt ihr auch daran sehen, dass wir mittlerweile seit einigen Jahren vor Gericht die Mitbestimmung der Personalvertretung einfordern. Im Dezember 2020 hat das Bundesverwaltungsgericht (3. Instanz) jetzt dem Bezirkspersonalrat recht gegeben.

Somit steht auch bei der Beschaffung von Einsatzschutzhelmen fest, dass der Personalrat mitzubestimmen hat. Dies wurde bisher kategorisch verneint. ■

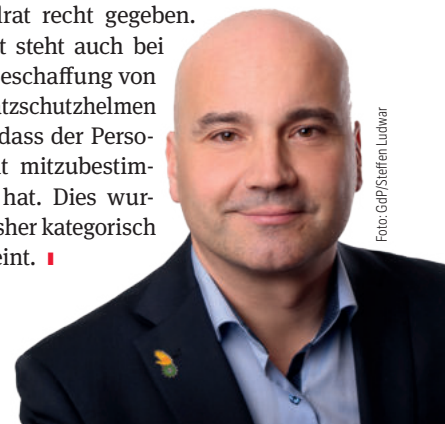


Foto: GdP/Steffen Ludwar



ERKENNTNISSE VERSCHIEDENER BEHÖRDEN WERDEN NICHT ZUSAMMENGEFÜHRT

GdP-Zoll: Umfassendes Lagebild zur Grenzkriminalität fehlt

Deutschland tappt an seinen Grenzen im Dunkeln, im besten Fall im Trüben. Es gibt für die Grenzkriminalität kein geschlossenes Bild der polizeilichen Lage. Grenzbezogene Straftaten werden in Deutschland in Art und Umfang nur schleppend und nicht systematisiert erfasst.

GdP-Zoll



Foto: GdP-Zoll/PhotostaticCollege

Schmuggel ist genauso Teil der grenzbezogenen Kriminalität wie die illegale Einreise und Schleusung. Im Zweifel gehören dazu auch solche Taten, bei denen sich die nahe gelegene Grenze bloß als günstige Fluchtopion darstellt.

Vor allem die beiden Bundesbehörden Zoll und Bundespolizei stehen hier gemeinsam in der Verantwortung. Dennoch verfügt der Bund über kein geschlossenes Lagebild zur grenzbezogenen Kriminalität in Deutschland.

Während die Bundespolizei sehr professionell ihre Erkenntnisse sofort in eigenen Lagebildern rund um die Uhr zeitnah zusammenfasst und bewertet, verfügt der Zoll, der dieselben deutschen Grenzen kontrolliert, nicht einmal über geeignete Melde- und Befehlswege vom Streifenwagen vor Ort bis in die Generalzolldirektion und zurück, um zeitnah polizeiliche Lagebilder zu schaffen und diese auch für ein lagebedingtes Kräfte- und Einsatzmanagement strategisch auszuwerten. Auch die Behörden der Landespolizei können ihre aktuellen und oft wertvollen Erkenntnisse aus Kontrollen und Ermittlungen, die einen konkreten Grenzbezug zum Schmuggel oder zur Migration haben, in kein bundesdeutsches Grenzlagebild einpflegen.

Zeitnahe Informationen zu Taten, Tatbeteiligten, Tatumfängen, Tatorten, Tatzeiten, Tatmitteln, Geschädigten, Begehungsweisen, Schmuggelwegen und -verstecken etc. liegen an keiner Stelle zur strategischen Nutzung zentral vor. Die Erkenntnisse verteilen sich stattdessen über viele Behörden von Bund und Ländern und werden nicht zusammengeführt.

Die Gewerkschaft der Polizei kritisiert das schon lange. „Grenzkriminalität ist bedrohlich für den Staat und die Europäische Union. Nicht selten stoßen wir auf Formen der Organisierten Kriminalität sowie auf schwerwiegende Fälle von Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und auch Terrorismus“, erläutert Frank Buckenhofer, Vorsitzender der GdP-Zoll. „Es kann nicht sein, dass der Bund mit Bundespolizei und Zoll zwei wichtige und unverzichtbare Sicherheitsbehörden unterhält, deren Zusammenarbeit jedoch häufig durch unterschiedliche Zielsetzungen und Gepflogenheiten ausgebremst wird. Der Zoll muss sich zügig polizeilich professionalisieren. Im Kampf gegen Schmuggel und Geldwäsche muss der Zoll in gleicher Weise wie die Bundespolizei aufgestellt und ausgerüstet werden. Dazu gehören auch gleiche beamtenrechtliche Bedingungen für die Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsbeamten im Zoll, die immer noch die rote Laterne als Schlusslicht unter den deutschen Sicherheitsbehörden tragen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) muss seinem Zoll deutlich mehr Aufmerksamkeit widmen und selbst entscheidende Impulse setzen.“ ■



AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST (ASP) HAT EUROPA UND DEUTSCHLAND ERREICHT

Bundespolizei unterstützt im Rahmen der Amtshilfe

Die Bekämpfung der für Wild- und Hausschweine tödlichen Krankheit ASP ist enorm schwierig. Die Bundespolizei unterstützt zurzeit im Rahmen der Amtshilfe mit einem neuen Konzept zur Suche von Wildschweinkadavern.

Roland Voss

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei

Das erfolgreiche Konzept wurde 2020 am Rande der Agrarministerkonferenz in Weiskirchen von Minister Jost angesprochen, diskutiert und erörtert. Es stellte sich heraus, dass nur wenige Bundesländer über eigene Kontingente an ausgebildeten Hunden verfügen. Die Ausbildung der Hunde ist aufwendig und teuer. Auf Vermittlung von Minister Jost hat der in Mecklenburg-Vorpommern zuständige Minister und Amtskollege Dr. Till Backhaus ein Amtshilfeersuchen bei der Bundespolizei gestellt. Auf höchster politischer Ebene wurde entschieden, dass die Bundespolizei einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der ASP in Deutschland leisten darf – einmalig in der Geschichte der Bundespolizei und eine hohe Anerkennung für die Leistung des gesamten Diensthundewesens. Und so wurden in Lop-



Fotos: GdP/Roland Voss (2)



Die Afrikanische Schweinepest (ASP) wurde, wie Experten vermuten, 2007 aus Afrika nach Georgien eingeschleppt und hat sich recht erfolgreich in den Nachbarländern bis nach Russland und Polen ausgebreitet. Aktuell rückt das Virus von Osten her auf die EU zu. Im September 2020 bestätigte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, dass ein erster Fall bei einem Wildschweinkadaver in Brandenburg festgestellt wurde. Doch auch aus Westen kommend besteht Gefahr für Deutschland. In Belgien ist das Virus bereits angekommen.

Bei der ASP handelt es sich um eine anzeigepflichtige Viruserkrankung. Eine Impfung gibt es nicht. Eine Ausbreitung in Deutschland hätte verheerende Folgen für die Deutsche Fleischvermarktung und Schweineproduktion. Zwar ist ASP für den Menschen ungefährlich, für Schweine ist die Seuche allerdings fast immer tödlich. Oberstes Ziel ist daher, die Hausschweinbestände vor ASP zu schützen.

Das Saarland hat als erstes Bundesland frühzeitig mit Präventionsmaßnahmen auf die Seuche reagiert. So hat der saarländische Umwelt- und Agrarminister Reinhold Jost zusammen mit seiner Jagdbehörde die Idee einer Spezialausbildung entwickelt. Elf Spürhunde wurden dazu als Kadaversuchhunde ausgebildet. Ihre Aufgabe ist es, im Gelände schnellstmöglich verendete Wildschweine zu finden, damit sich keine anderen Schweine anstecken können. Ihr Vorteil: Sie können auch dort suchen, wo Menschen trotz modernster Technik an Grenzen stoßen. Bei der Umsetzung des Konzepts half der überregional bekannte Diensthundelehrwart der Bundespolizeidirektion Koblenz, Andreas Kiefer. Der 50-jährige Polizeihauptkommissar bildet seit Jahren Diensthunde und Diensthundeführer aus dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz aus und steht der GdP und den Personalvertretungen als Sachverständiger zur Verfügung. Er gilt in der Bundespolizei als absoluter Experte.

pin die ersten zwölf Hunde der Landesforstverwaltung Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich von Andreas Kiefer ausgebildet. Agrar- und Umweltminister Backhaus bedankte sich persönlich – „coronabedingt“ im Rahmen einer Videokonferenz – bei den Teilnehmern und der Bundespolizei. Besonders hob er die Leistung des Ausbilders Kiefer für die gute und wichtige Arbeit hervor.

Doch die Spezialausbildung ist nur ein Baustein. Erforderlich ist zudem ein weiteres Abstimmen auf nationaler, aber auch auf internationaler Ebene. Roland Voss vom GdP-Bezirk Bundespolizei begleitete bisher das politische Unterfangen. Um einen abgestimmten Notfallplan wirksam entfalten zu können, ist eine europäische Lösung erforderlich. Die Minister Backhaus (Mecklenburg-Vorpommern) und Jost (Saarland) werden sicherlich die entsprechende Initiative – mit dem von den Experten der Bundespolizei erarbeiteten Konzept – europäisch aufgreifen. ■



Ehrungen

GdP-KREISGRUPPE SELB

115 Jahre GdP-Mitgliedschaft

Manfred Narr

Stellvertretender Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Selb



Fotos: GdP-Kreisgruppe Selb (4)

Die GdP-Kreisgruppe Selb konnte kürzlich gleich vier Mitglieder für ihre langjährige Gewerkschaftstreue ehren: Reinhard Reischl **[1]** wurde für 40

Jahre Zugehörigkeit zur GdP geehrt. Manfred Narr, stellvertretender KG-Vorsitzender, überreichte Reinhard ein kleines Präsent und die obligatorische Urkunde der GdP. Gemeinsam tauschte man sich über die gemeinsame Zeit aus, in der Reinhard langjähriger und vor allem zuverlässiger Kassierer in der Kreisgruppe war. Neben dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit war er auch Mitglied im ÖPR der Bundespolizeiinspektion Selb, in der er sich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einsetzte.

Darüber hinaus konnte die Kreisgruppe den neuen Leiter der BPOLI Selb, André Gügel **[2]**, sowie Andreas Greger **[3]** und Horst Busch **[4]** jeweils für 25 Jahre in der GdP ehren. Auch sie erhielten die entsprechende Urkunde sowie ein kleines Präsent. Vielen Dank für eure Treue zur GdP. ■



GdP-KREISGRUPPE MUC

25 Jahre Treue

Sven Armbruster

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe MUC

Am 16. Januar 2021 durfte der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe MUC, Sven Armbruster, dem Kollegen Joachim „Josch“ Heilker – natürlich unter Einhaltung der Corona-Hygienemaßnahmen – seine Urkunde mit Anstecknadel und ein kleines Präsent für 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP überreichen. ■



Foto: GdP/Sven Armbruster

GdP-KREISGRUPPE BUNDESPOLIZEIAKADEMIE

Vierteljahrhundert in der GdP

Rüdiger Maas

Vorsitzender GdP-Kreisgruppe Bundespolizeiakademie

Der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bundespolizeiakademie, Rüdiger Maas, ehrte kürzlich Helgo Nishida zu seinem 25. GdP-Jubiläum und überreichte ihm die entsprechende Urkunde nebst kleinem Präsent.

Zu Helgos Hobbys gehört der Gemüseanbau, dem er sich mit Herz und Seele verschrieben hat und deshalb jede freie Minute in seinem Schrebergarten bringt. Die übrige freie Zeit paukt der 1957 in der Karl-May-Stadt Bad Segeberg geborene Helgo die japanische Sprache, um sich mit seiner Frau und deren Familie in ihrer Muttersprache unterhalten zu können. ■



Foto: GdP/Rüdiger Maas



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

GdP-SENIORENGRUPPE PIRNA

Senioren gehen mit Hoffnung und Zuversicht ins neue Jahr

Die Seniorengruppe Pirna möchte in dieser schwierigen Zeit Ziele aufzeigen und Mut vermitteln. Schöne Erlebnisse in der Gemeinschaft und im persönlichen Leben sollen damit verbunden sein. Ein Wegweiser dafür sind auch die vorgesehenen Veranstaltungen im Jahresprogramm.

Wolfgang Fischer

Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Pirna

In der Krise beweist sich der Charakter – gerade in einer Zeit, in der die gesamte Gesellschaft von einer Pandemie bisher nicht gekannten Ausmaßes betroffen ist, erlangen diese Worte des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt uneingeschränkt Gültigkeit.

Bei der Realisierung von Veranstaltungen 2020 haben wir durch Absagen und Stornierungen reichlich Erfahrungen gesammelt und so manche Situation mit Bravour bestanden. Mit der Busfahrt ins Leipziger Neuseeland am 16. Juli 2020 wurde dies unter Beweis gestellt (siehe Artikel DP 10/2020).

Trotz der widrigen Umstände hat sich der Seniorengruppenvorstand nicht den Mut nehmen lassen und mit Unterstützung weiterer Seniorinnen und Senioren für das Jahr 2021 ein inhaltsreiches Programm auf den Weg gebracht. Ganz nach dem Motto „Trotz alldem“.

Unter Federführung der Seniorengruppen-Vorsitzenden Petra Ehm beschreiten wir dabei wegen der derzeitigen Einschränkungen einen etwas anderen Weg. Eine Interessensabfrage bei unseren Mitgliedern zu den geplanten Veranstaltungen mit Terminstellung 31. Januar 2021 ist gestartet. Das Ergebnis nehmen wir als Grundlage für eine zügige Vorbereitung und Umsetzung. Mit dem Reiseunternehmen in Hohnstein stehen wir deshalb in Kontakt für die Durchführung der Ausfahrten.

Ob alle Planungen Realität werden, hängt natürlich nicht unwesentlich vom Entwicklungsverlauf der Corona-Pandemie ab. Ob und wann Normalität wieder eintritt, ist derzeit nicht absehbar. Es ist ein inniger Wunsch und dafür müssen alle etwas tun. Regeln einzuhalten ist das Gebot der Zeit.

Busfahrten, die im Jahr 2020 ausgefallen sind, haben wir teilweise erneut ins Jahresprogramm übernommen. Insgesamt sind wieder vielseitige und spannende Aktivitäten geplant. Bestimmt ist für jedes GdP-Mitglied etwas Interessantes dabei. Stammtischveranstaltungen, Bowling in Pirna und eine Herbstwanderung in der Sächsischen Schweiz gehören schon zu den Traditionen der Seniorenarbeit. Doch auch neue Höhepunkte sind im Programm zu finden, so unter anderem:

- Eine Fahrt mit Bus und Schmalspurbahn durch das Zittauer Gebirge, das kleinste Mittelgebirge in Deutschland.
- Der Verein Ostsächsische Eisenbahnfreunde e. V. Löbau/Sachs, in dem zwei unserer Senioren aktive Mitglieder sind, bietet jährlich spannende Sonderzugfahrten an, an denen wir teilhaben wollen.
- Als besonderes Highlight steht im Monat Juni eine dreitägige Fahrt zum „Krämerbrückenfest“ in der Blumenstadt Erfurt auf dem Programm, dieses war im Jahr 2020 aus bekannten Gründen abgesagt worden. In diesem Jahr findet in Erfurt auch die BUGA statt.

Zu hoffen ist, dass wir für unsere Mitglieder diese Events alle in die Tat umsetzen können. Eine gute Resonanz ist derzeit bei den ersten Interessensmeldungen schon zu spüren. Mit Zuversicht gehen wir an die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen. Auf der Website der GdP-Direktionsgruppe Mitteldeutschland ist unser Jahresprogramm zum Nachlesen eingestellt. ■

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Es ist wieder so weit

Erika Krause-Schöne

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei

In diesem Jahr fordert der DGB, unsere Dachorganisation, zum Internationalen Frauentag: „Mehr Gewerkschaft, mehr Gleichstellung. Mehr denn je!“

Die Corona-Pandemie hat uns fest im Griff und uns Frauen trifft sie besonders hart. Wir sind systemrelevant und zudem seit einem Jahr massiv mit Fragen konfrontiert wie zum Beispiel „Wie organisiere ich Familie, Pflege etc.?“

Wir sind es, die den überwiegenden Teil der Haus- und Familienarbeit leisten, reduzieren dafür oft die Arbeits-/Dienstzeit. Kurz: Auf unseren Schultern lasten hohe Gesundheitsrisiken, zusätzlicher Betreuungsaufwand, Homeschooling und vermehrte Arbeit im Haushalt. Das Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern hat diese Pandemie verschärft. Gerade diese Zeit zeigt, wie wichtig es ist, eine starke GdP im Rücken zu haben, denn wir setzen uns für bessere Arbeits-/Dienstbedingungen ein – gerade auch für Frauen.

Durch Tarifverträge, durch unsere Arbeit in den Personalräten und als Gleichstellungsbeauftragte setzen wir uns für euch ein. In vielen Bereichen konnten wir als GdP die Krisenfolgen für uns Frauen mildern, in vielen Bereichen müssen und können wir besser werden.

Deshalb haben wir zum diesjährigen Internationalen Frauentag das Motto von 2015 aufleben lassen: „Wer die Besten will, darf auf Frauen nicht verzichten.“ Aus dem damaligen „kann“ ist diesmal ein „darf“ geworden.

Und unsere diesjährige Karte, verbunden mit dem kleinen Präsent „Die Mischung macht's“, zeigt euch, dass wir uns mit unseren berechtigten Forderungen auch in diesen besonderen Zeiten Gehör verschaffen, ganz im Sinne des DGB: „Lieber Hälfte/Hälfte, als bessere Hälfte.“ ■



Nachrufe



Fassunglos trauern wir um unseren Kollegen

Klaus Strelow

der am 26. Dezember 2020 im Alter von 61 Jahren viel zu früh aus dem Leben gerissen wurde.

Wir trauern um einen anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit seinen Dienst als Kontroll- und Streifenbeamter in der Bundespolizeiinspektion Pasewalk im Bundespolizeirevier Pomellen versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und den Angehörigen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Dirk Stoof für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Gerd Edinger für die GdP-Kreisgruppe MV

Mit tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von

Frank-Oliver Müller

der in der Nacht zum 28. Dezember 2020 nach schwerer Krankheit im Alter von nur 51 Jahren verstarb.

Wir trauern um einen Kollegen, der zuletzt als stellvertretender Dienstgruppenleiter in unserer Inspektion II eingesetzt war. Sein Name ist auch mit Dokumenten- und Visaberater-Verwendungen in Lagos, Pretoria und Hanoi verbunden.

Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen Kindern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Martin Schmitt für die GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main

PERSONALRATSARBEIT

GdP setzt noch mehr A13 mZ-Bewertungen durch

GdP-Bezirk Bundespolizei

Die Vorsitzenden des GdP-geführten Bezirks- und Hauptpersonalrates, Judith Hausknecht und Sven Hüber, haben in enger Abstimmung in jeweiligen Spitzengesprächen mit den Leitungen der Abteilung Bundespolizei im BMI und des Bundespolizeipräsidiums am 13. November und 8. Dezember 2020 sowie am 19. und 21. Januar 2021 starke Vereinbarungen über die Anzahl der Stellenneubewertungen nach A 13 mZ treffen können.

Nachdem anfangs im Oktober 2020 nur vorgesehen war, in

einer ersten Rate knapp 900 sowie in einer späteren Rate weitere knapp 500 Dienstposten mit der Amtszulagenbewertung zu A 13 auszustatten, ist es den beiden Vorsitzenden in partnerschaftlichen Gesprächen gelungen, dass nun deutlich mehr Dienstposten einbezogen werden. Nach der finalen Vereinbarung vom 21. Januar 2021 werden nun 2.320 von 2.825 möglichen Dienstposten in die Bewertung A 13mZ aufgenommen. Ein starkes Ergebnis für unsere Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst. ■

Wir trauern um unser Mitglied

Gerhard Landgraf

der am 28. Dezember 2020 im Alter von 76 Jahren verstarb.

Mit ihm verlieren wir einen guten Freund und ein sehr aktives Mitglied der Seniorengruppe in der GdP-Kreisgruppe Berlin.

In seiner aktiven Dienstzeit bei der Fluggastkontrolle der Inspektion FH Berlin-Schönefeld und in der Führungsgruppe der Inspektion FH Tegel betreute er die GdP-Mitglieder aktiv als Vertrauensmann. Nach dem Eintritt in den Ruhestand war er von 2009 bis 2016 Vorsitzender unserer Seniorengruppe und Seniorensprecher der GdP-Direktionsgruppe Berlin-Brandenburg.

Für seine 60-jährige Gewerkschaftstreue konnten wir ihn im September 2018 ehren. Gerne werden wir uns an den Teil seines Weges erinnern, den wir gemeinsam mit ihm gehen durften.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Angehörigen und seinen Freunden.

Peter Gaunitz für die GdP-Seniorengruppe Berlin

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.